



AfD Stadträte
Nägelsbachstr. 49a
91052 Erlangen
Dipl.-Kfm. Siegfried Ermer
str.siegfried.ermer@stadt-erlangen.de
Christine Otter
str.christine.otter@stadt-erlangen.de

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang:	28.02.2024
Antragsnr.:	029/2024
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	Klärung durch RB
mit Referat:	

Rückkehr vom Gendern zum regelbasierten Standardhochdeutsch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Antrag:

Wir beantragen, dass zukünftig sowohl in der Verwaltung, als auch in städtischen Einrichtungen, in Wort und Schrift auf das mehrheitlich von den Bürgern abgelehnte Gendern verzichtet wird.

Begründung:

Der Widerstand gegen die von Aktivisten und den öffentlichen-rechtlichen Medien aufgedrängte Gendersprache wächst zunehmend. Bundesländer wie Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Schleswig-Holstein untersagen ihren Behörden bereits die Verwendung des Genderns, in Baden-Württemberg formiert sich eine Initiative, die für ein „verständliches, schlüssiges und bürgernahes Deutsch“ wirbt und daher die amtliche Rechtschreibung als Standard festlegen will.

Zahlreiche Umfragen (z.B. ZDF Politbarometer, Welt am Sonntag, MDR) ergeben, dass eine Mehrheit der Bevölkerung, nämlich ca. 85% das Gendern ablehnt.

Demokratisch wäre es, diesen Willen der Mehrheit auch umzusetzen.

Nicht zuletzt hat der Rat für deutsche Rechtschreibung am 14.Juli 2023 daran festgehalten, Asterisk, Unterstrich oder Doppelpunkt nicht in das amtliche Regelwerk aufzunehmen.

Zudem ist eine Speicherung gegenderter Dateinamen bei den meisten, um nicht zu sagen bei allen EDV-Programmen nicht möglich bzw. führt zu erheblichen Problemen, die sich auch finanziell auswirken.

Vor allem aber gibt es linguistische Gründe gegen das Gendern: Nicht-Muttersprachler, die sich eh schon schwer tun beim Erlernen der deutschen Sprache, haben hier noch eine zusätzliche Barriere.

„Man muss es nicht noch komplizierter machen als es ohnehin schon ist“, sind sich da die Sprecherin der VHS in Deutschland und der Vorsitzende der Migrantenvertretung in Baden-Württemberg einig.

Auch für die wirkliche Gleichberechtigung spielt das Gendern keine Rolle, so gibt es dadurch nicht etwa eine Gleichstellung in der Bezahlung von Frauen.

Wir plädieren daher dafür, dem Aufruf des bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder zu folgen, der in seiner Regierungserklärung angekündigt hat das Gendern in Schulen und Verwaltungen zu untersagen.

Mit besten Grüßen

Dipl.-Kfm. Siegfried Ermer

Christine Otter